

Motion Erich J. Hess (JSVP): Abbau der Überstunden bei der Stadtpolizei

Bei der Stadtpolizei haben sich bekanntlich aus zahlreichen Gründen in den letzten Jahren enorm viele Überstunden angesammelt. Nachdem es immer klarer wird, dass die Einheitspolizei Police Bern im Jahre 2008 umgesetzt wird, ist es an der Zeit, jetzt einen klaren und verbindlichen Abbauplan dieser Überstunden anzuordnen. Nur so können wir seitens der Stadt Bern verhindern, dass beim Übertritt der Stadtpolizei zu Police Bern die damaligen Überstundensaldi durch den Kanton Bern der Stadt Bern teuer in Rechnung gestellt werden.

Aus diesen Gründen fordere ich den Gemeinderat der Stadt Bern auf, die entsprechenden Überstunden bis zum Übergang von Police Bern auf Null abzubauen.

Ausgenommen davon sind die angefallenen Überstunden im Bereich der Justizpolizei, welche vom Kanton zu übernehmen sind.

Bern, 7. September 2006

Motion Erich J. Hess (JSVP), Simon Glauser, Ueli Jaisli, Stefan Bärtschi, Beat Schori, Dieter Beyeler, Lydia Riesen-Welz, Ernst Stauffer, Peter Bernasconi, Markus Kiener

Antwort des Gemeinderats

Die Motion betrifft inhaltlich einen Bereich, der in der gemeinderätlichen Zuständigkeit liegt. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Die Stadtpolizei hat bereits im Jahr 2005 begonnen, Überzeitguthaben vermehrt durch Kompensation abzubauen. Ende des Jahres 2005 betrug der Abbau über 51 000.00 Stunden. Im Jahr 2006 konnten die Anstrengungen zum Abbau von Überzeitguthaben noch gesteigert werden (Abbau von über 75 000.00 Stunden). Die Stadtpolizei hat dabei mit Mitarbeitenden, die über hohe Zeitguthaben verfügen, verbindliche Abbaupläne vereinbart. Die Stadtpolizei führt diese Politik des Abbaus auch im Jahr 2007 weiter. Allerdings ist durch die grosse Fremdbestimmung der polizeilichen Tätigkeit kaum wahrscheinlich, dass die Stadtpolizei Ende des Jahres über keine Überzeitguthaben mehr verfügen wird. Dies wäre nur möglich, wenn die Anzahl der Patrouillen und der 24 Stunden-Betrieb stark eingeschränkt würden. Die Folgen eines solchen Abbaus wären jedoch für die Sicherheit in der Stadt Bern unabsehbar. Der Gemeinderat ist nicht gewillt, für die Überzeitkompensation Abstriche bei der Sicherheit der Bevölkerung hinzunehmen.

Sofern noch Guthaben Ende des Jahres vorhanden sind, werden diese – infolge des Aus- bzw. Übertritts der Mitarbeitenden von der Stadt- zur Kantonpolizei – von der Stadt ausbezahlt werden müssen. Für diesen Fall hat die Stadtpolizei im Budget 2007 bereits Geld zurückgestellt. Sollte das Überzeitguthaben diese Rückstellungen übersteigen, wird ein Gesuch für einen Nachkredit eingereicht werden müssen.

Antrag

1. Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion abzulehnen. Er ist jedoch bereit, den Vorstoss als Postulat entgegenzunehmen.
2. Die Stellungnahme gilt in diesem Fall gleichzeitig als Prüfungsbericht.

Bern, 14. März 2007

Der Gemeinderat